

## Abgewählt

VON ROLF VERLEGER

Der Landesverband „Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein“ entzog mir am 17. Juni das Mandat als Delegierter des Landesverbands in den Zentralrat der Juden in Deutschland.

Über drei Jahre hatte ich meinen Landesverband im Zentralrat vertreten. Unsere Aufnahme in den Zentralrat 2006 war der erfolgreiche Abschluss einer langen, über zehnjährigen Auseinandersetzung gegen die Jüdische Gemeinde in Hamburg, und am Ende dann auch noch gegen einen konkurrierenden Landesverband.

Ende der 60er Jahre gab es kaum noch jüdische Menschen in Schleswig-Holstein. Die damalige Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein löste sich formell auf; die Verantwortung für Mitglieder und Sachwerte wurde an die Jüdische Gemeinde in Hamburg übertragen. Anfang der 90er regte sich durch die jüdische Einwanderung aus der Ex-Sowjetunion neues Leben in Lübeck, Kiel und Flensburg. Anstatt nun schrittweise die Verantwortung für unsere Angelegenheiten an uns zu übertragen, wünschte ein Hamburger Vorstandsmitglied (vor einigen Jahren verstorben), auf Dauer alles selbst zu entscheiden. Dadurch begann ein absurder, langwieriger Kampf um Selbständigkeit, mit Initiativgruppen, Wahlkämpfen, Intrigen, juristischen Geplänkeln und einer Korrespondenz, die Aktenordner füllte. Vollends absurd wurde dies, als die Zentralratsspitze unter Paul Spiegel und seinem Generalsekretär Kramer ungefähr 2003 beschloss, dass in Schleswig-Holstein ein „liberaler“ Landesverband entstehen sollte: Bundeskanzler Schröder und Innenminister Schily hatten sich persönlich dafür eingesetzt, dass im Zentralrat auch die liberalen Juden vertreten sein sollten. Zu Ehren der hohen Politik wurde nun ein neuer Landesverband mit Sitz in Klein-Rönnau (kein Witz!) gefördert, mit kleinen Gemeinden in kleinen Städten. An diesen sollten sich nach Vorgabe des Zentralrats wir, die großen Gemeinden anschließen. Diese Unterord-

nung der Mehrheit unter die Minderheit vollzogen wir nicht, sondern setzten auch gegenüber dem Zentralrat unsere Interessen durch. Spätestens seitdem hatte ich bei meinen Aktivistenkollegen einen Stein im Brett; nach Gründung unseres Landesverbands wurde ich Vorsitzender und nach der Aufnahme in den Zentralrat auch Delegierter des Landesverbands im Zentralrat.

Ein halbes Jahr, nachdem wir nun endlich Zentralratsmitglied waren, brach der Libanonkrieg aus. Da begann ich, eine Seite von mir auszuleben, die meinen Kollegen in Schleswig-Holstein durchaus bekannt war – ich galt schon lange als „Moslemfreund“ – aber von der keiner von uns angenommen hatte, dass sie so sehr alles andere dominieren würde: Ich vertrat eine andere Meinung über die Politik Israels als die Zentralratsspitze. So wandte ich mich 2006 in einem Offenen Brief gegen den Libanonkrieg, initiierte danach die Unterschriftenkampagne *Schalom5767*, schrieb das Buch „Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht“, wurde Mitglied der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, verurteilte die israelische Attacke 2009 gegen Gaza und wurde Mit Herausgeber des „Semit“.

Das war nicht das, was sich die Basis des Landesverbands in unseren Gemeinden von ihrem Delegierten erwartet. Vielmehr unterstützt der große Teil der Aktiven im Wesentlichen das Vorgehen Israels. Ich hatte also über drei Jahre lang ein Mandat, bei dem ich deutlich und öffentlich in einer wesentlichen Frage eine andere Meinung vertrat als die Leute, die mir das Mandat gegeben hatten. Wie lange kann man so etwas in einer demokratisch verfassten Einrichtung durchhalten? Drei Jahre sind eine lange Zeit dafür, und ich habe es im Wesentlichen dem jetzigen Landesverbandsvorsitzenden zu verdanken, dass es so lange wurde. Dass ich nun schließlich doch abgewählt wurde, ist normal.

Trug die Zentralratsspitze zu meiner Abwahl bei? Was man sicher sagen kann: Sie gab offenbar keine Signale an

den Landesverband, mein Mandat aufrechtzuerhalten. Man könnte sich ja denken, dass dies durchaus im Interesse des Zentralrats wäre, nämlich für ein pluralistisches Meinungsbild im Zentralrat und einen damit verbundenen besseren Eindruck in der Öffentlichkeit. Falls solche Überlegungen angestellt wurden, fanden sie jedenfalls keinen sichtbaren Ausdruck. Im Gegenteil: Die Präsidentin sagte mir mehrfach ganz offen und in aller Freundschaft, dass ich mit meinen Aktivitäten aufhören solle. Der Generalsekretär händigte mir mitunter Protokolle unserer Sitzungen erst nach wochenlangem Nachfragen und auf Druck hin aus, verbunden mit der Frage, was ich denn damit wolle, und schickte sachlich irrelevante Briefe eines Lübecker Gemeindemitglieds, in denen ich wegen meiner öffentlichen Stellungnahmen angegriffen wurde, an alle Direktoriumsmitglieder weiter. Einer der beiden Vizepräsidenten äußerte sich bereits 2006 auf S.1 der „Jüdischen Allgemeinen“ abschätzig über meine Kritik am glorreichen Libanonkrieg, der andere rückte mich wegen der guten Aufnahme meiner Positionen in der Öffentlichkeit in die Nähe mittelalterlicher Hofjuden. Ein anderes Mitglied des neunköpfigen Präsidiums begrüßte letztes Jahr in seiner Grußadresse auf einer öffentlichen Preisverleihung namentlich drei der vier anwesenden Direktoriumsmitglieder – meinen Namen ließ er aus.

Also baute die Zentralratsspitze unserem Landesverband keine Brücke dafür, trotz des Drucks der Basis mein Mandat aufrechtzuerhalten.

So ist denn meine Abwahl unter demokratischen Gesichtspunkten nicht zu beanstanden: Sie entspricht der Mehrheitsmeinung in der deutschen jüdischen Gemeinschaft an der Basis und an der Spitze.

Aber: Ist sie denn klug, diese Mehrheitsmeinung? Als mich die Zentralratspräsidentin wieder einmal ermahnte, ich möge doch mit meinen öffentlichen Aktivitäten aufhören, da sagte ich ihr, dass diese gut seien für die jüdische Gemeinschaft, denn darin sei wenigstens noch ein letzter Abglanz spürbar der Tradition des deutschen Judentums eines Moses Mendelssohn, eines Martin Buber und eines Rabbiner Leo Baeck. Durch diesen Humanismus waren meine deutschjüdi-

schen Großeltern geprägt: Lessings „Nathan der Weise“, das war der Inbegriff dieser Tradition.

Nun hat keiner meiner Großeltern das Jahr 1945 überlebt. Dieses schwarze Loch wird heute durch neue Leute aufgefüllt; diese stellen sich unter Judentum etwas anderes vor als meine Großeltern. Sie sehen vor allem den Tatbestand der Auslöschung: Juden sind die ewigen Opfer; Opfer können per definitionem niemals Unrecht tun, daher kann man vorbehaltlos alle Aktionen des jüdischen Staates unterstützen. Judentum heißt plötzlich: Immer Recht haben, egal was man macht. Dies ist die heutige Mehrheitsmeinung. Sie ist das Gegenteil der jüdischen Tradition, wie ich sie kenne. Der Zentralratsspitze wäre etwas mehr Weitsicht in dieser Sache zu wünschen.

Allerdings, es geschehen noch Zeichen und Wunder. Während Generalsekretär Kramer im „Neuen Deutschland“ vom 30.6.09 unwahre Behauptungen über mich aufstellte (ich hätte meine Meinungen „zum Teil auch im Namen des Zentralrates“ kundgetan, ich hätte behauptet, meine Meinung würde im Zentralrat unterdrückt, und ich würde mit meiner Kritik die Grenzen des Legitimen überschreiten) erhielt kurz davor, am 18. Juni, der katholische Theologe Prof. Hans Küng den Abraham-Geiger-Preis. Das ist deswegen bemerkenswert, weil Küng dort Folgendes über uns Juden sagte (zitiert nach „Jüdische Allgemeine“ 26/09): „Für ihr religiös entleertes Judentum haben sie vielfach eine moderne Ersatzreligion gefunden: den Staat Israel und die Berufung auf den Holocaust ... Das kann auch säkularisierten Juden eine jüdische Identität verschaffen, scheint aber nicht selten auch die brutalen Maßnahmen der israelischen Armee gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu rechtfertigen“. In aller Kürze ist dies der Inhalt meines Buches „Israels Irrweg“. Und noch bemerkenswerter ist: Der Vizepräsident des Zentralrats Dr. Dieter Graumann lobte Küng in seinem Grußwort als „authentisch, glaubwürdig und überzeugend“.

Wer braucht also noch einen Verleger im Direktorium, wenn dort ein durch Küng überzeugter Vizepräsident Graumann sitzt!

## Verleihung des Immanuel Kant-Weltbürgerpreises an Jeff Halper

*Mitteilung des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen vom 21. Mai 2009*

**J**eff Halper, der Gründer und Leiter des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHD) hat gemeinsam mit dem brasilianischen Bischof Dom Luiz Cappio den Immanuel Kant-Weltbürgerpreis erhalten. Die Auszeichnung wurde den beiden prominenten Menschenrechts-Aktivistinnen am 9. Mai 2009 von der Freiburger Kant-Stiftung verliehen.

Das vordringliche Ziel der Stiftung ist die Förderung mutiger, unabhängiger und kritischer Öffentlichkeits- und Erziehungsarbeit, einer Arbeit, die dem Frieden, der Demokratie und dem Schutz der Umwelt dient und die Einhaltung verfassungsrechtlicher Prinzipien in der nationalen und internationalen Politik fördert. Mit der jüngsten Preisverleihung ehrte die Stiftung den mutigen Einsatz zweier Kämpfer für die Menschenwürde und die Menschenrechte von politisch und gesellschaftlich an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen.

In der Person Jeff Halpers ehrt die Kantstiftung das Bemühen, das palästinensische ebenso wie das israelische Volk vom Joch struktureller Gewalt zu befreien. Bischof Dom Luis Cappio wurde in Brasilien zum Nationalhelden, weil er gegen die geplante Umleitung des Sao Francisco-Flusses in seiner Heimat aufstand, einer Umleitung, die die Umwelt und den Lebensunterhalt der Menschen bedroht, die an den Ufern des Flusses leben. Für dieses Ziel unternahm Dom Luis einen 23-tägigen Hungerstreik und pilgerte gemeinsam mit drei anderen Aktivistinnen den 2.700 km langen Flusslauf entlang.

In seinen Dankesworten kritisierte Jeff Halper die Unverantwortlichkeit von Staaten im Umgang mit Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechten. Er sagte u.a.:

„In meinem beinahe fünfzigjährigen Einsatz für die Zivilgesellschaft habe ich die Erfahrung gewonnen, dass Staaten, die doch in unserer modernen Welt dafür

zuständig und verantwortlich sind, weder richtig noch gerecht handeln, wenn man sie sich selber überlässt. Selbst in völlig eindeutigen Fällen, wo der Weltfrieden bedroht oder wo Millionen Menschen Unrecht geschieht, machen Regierungen Ausflüchte, um irgendeine politische Agenda, einen Wust von innen- und außenpolitischen Interessen zu verfolgen, die nichts mit dem Wohlergehen ihrer eigenen Bürger (obwohl staatliche Politik genau das immer behauptet) oder der Weltgemeinschaft zu tun haben.“

„Israel zum Beispiel setzt sich mit Zustimmung seiner Verbündeten seit Beginn seiner bis heute 43 Jahre andauernden Militärbesatzung über Menschenrechte und Völkerrecht hinweg und ignoriert Dutzende von UN-Resolutionen sowie einen Urteilsspruch des Internationalen Gerichtshofs gegen den Bau seiner Mauer. Diese Tatsache spricht Bände über die Art und Weise, wie die Regierungen der Welt (und in diesem Fall besonders Deutschland und die USA) ihre Pflichten verletzen.“

„Dass ich zum Beispiel im August letzten Jahres mein Leben aufs Spiel setzen und mit einem alten Fischerboot von Zypern nach Gaza fahren und die israelische Marine herausfordern musste, um die grausame, illegale zweijährige Belagerung einer verarmten und traumatisierten Bevölkerung zu durchbrechen – das lag allein daran, dass Regierungen, deren Aufgabe der Schutz des Völkerrechts und die Sicherung einer friedlichen Weltordnung ist, sich ihrer Verantwortung entziehen.“

In deutlichen Worten sprach Jeff Halper von der Mitverantwortung Deutschlands für die Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts, die sich sowohl aus seiner bedeutenden Weltmachtstellung wie aus dem Holocaust herleitet.

„Deutschland erscheint mir als ein Land, das zwischen seiner Schuld für den Holocaust und seinen politischen Groß-